

## Haushaltsrede LINKE/future! 12.12.2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Stadträtinnen und Stadträte, werter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Gäste!

Weihnachtszeit ist Haushaltszeit. Und auch in diesem Jahr müssen wir die Hoffnung auf einen gutmütigen Weihnachtsmann, der uns unserer finanziellen Probleme erledigt, leider aufgeben und stattdessen heute hier darüber debattieren, wie wir unsere vorhandenen Mittel bestmöglich einsetzen. Und da gibt es aus Sicht meiner Fraktion wieder einiges an Gesprächsbedarf.

Zuerst möchte ich aber ein Lob aussprechen. Ein Lob an den Finanzbeigeordneten Herrn Zimmermann und sein Team vom Dezernat II. Handwerklich kann man an dem vorliegenden Haushaltsentwurf wenig kritisieren. Der Entwurf wurde in diesem Jahr bereits am 15.08. eingestellt. An solcher Pünktlichkeit kann sich die aktuelle Landesregierung ein Beispiel nehmen. Dort lag der Entwurf für den Doppelhaushalt nämlich erst im November vor. Die schwarze Null wurde leider knapp nicht erreicht, ein Minus von 2,86 Millionen Euro ist zu verbuchen. Gesamterträge in Höhe von rund 706 Millionen Euro bedeuten einen deutlichen Aufwuchs im Vergleich zum Vorjahr. Das zeigt, dass es mit unseren Finanzen aufwärts geht, wir zwar mehr Aufgaben, aber auch mehr Möglichkeiten haben. Außerdem ist die Tilgung der Kredite höher als die Neuverschuldung. Wir sind bei dem Stichwort Haushaltskonsolidierung also auf einem guten Weg.

Die Investitionen sind mit rund 88 Millionen Euro deutlich höher als in vergangenen Jahren. 2015 lag man beispielsweise nur bei rund 27 Millionen. Man könnte meinen, es sei eine erfreuliche Entwicklung. Wir

schaffen neue Werte und erhalten Bestehendes durch Modernisierungen. Viele dieser Dinge sind allerdings längst überfällig. Hätte man in den vergangenen Jahren nicht so viel gespart, sondern dort schon investiert, würden einige der Investitionen in diesem Jahr günstiger ausfallen bzw. gar nicht mehr nötig sein. Man dachte Dinge hätten noch Zeit. Dass dies in der Vergangenheit oft nicht der Fall war zeigt sich jetzt. Als Beispiele will ich an dieser Stelle die Anna-Ebert-Brücke nennen, die nicht in so einem baufälligen Zustand wäre, wenn man in der Vergangenheit bereits Geld in die Hand genommen hätte oder die Hyparschale, bei der durch den zunehmenden Verfall die Wiederherstellungskosten von Jahr zu Jahr steigen.

Und auch in diesem Jahr werden wieder Investitionen nach hinten geschoben. So wurde im letzten Jahr per Änderungsantrag beschlossen die Punkte 1-3 der Prioritätenliste Fuß- und Radwege aus der Information I0197/14 in die Investitionsprioritätenliste aufzunehmen und Planungsmittel einzustellen. In der Information I0220/16 wird die vormals als Nummer 2 gelistete Hermann-Hesse-Straße nun als Nummer 5 gelistet. Für uns werfen sich da einige Fragen auf: Warum werden Fußwege, die bereits 2014 als sanierungsbedürftig befunden worden, auch im Jahr 2017 noch nicht zu den am dringendsten zu erledigenden Fußwegen erklärt? Ist der Zustand des Fußweges plötzlich von alleine besser geworden? Oder ist der Verwaltung aufgefallen, dass andere Fußwege noch schlimmer aussehen? Und wenn ja, warum fiel das nicht bereits im Jahr 2014 auf?

Doch nicht nur bei Fuß- und Radwegen gibt es erheblichen Investitionsbedarf. So haben wir vor kurzem beschlossen 3 neue Grundschulen zu bauen. Das ist aus unserer Sicht auch vollkommen

richtig. Endlich wurden Probleme angepackt und nicht wieder nach hinten verschoben. Falls entsprechende Fördermittel seitens des Landes nicht fließen sollten, begrüßen wir es außerordentlich wenn die entsprechenden Neubauten der Grundschulen, aber auch der Kindertageseinrichtungen, mit eigenen Mitteln bestritten werden. Ein guter Start ins Leben für unsere Kinder hat für uns Priorität. Aber nicht nur an den neuen Grundschulen, auch an den bestehenden ist es wichtig den Schülerinnen und Schülern unserer Stadt gute Bedingungen zu schaffen. Deshalb ist es für uns unverständlich, dass die Schulhöfe der Grundschulen "Am Vogelgesang" und "An der Klosterwuhne" in diesem Jahr schon wieder nicht so in Angriff genommen werden, wie wir uns es wünschen würden. So werden, wenn der Änderungsantrag Nummer 16 angenommen wird, für das Jahr 2017 lediglich Planungsmittel eingestellt. Schauen wir an dieser Stelle wieder ein Jahr zurück: Der Bildungsausschuss reichte damals den Antrag ein, Planungsmittel in Höhe von 130.000 € für die mit den Nummern 1 bis 3 der "Prioritätenliste für sanierungsbedürftige Schulhöfe" einzustellen. Dieser Antrag wurde in der letztjährigen Haushaltssitzung positiv beschieden. In diesem Jahr ist es nun erneut notwendig Planungsmittel einzustellen. Der Schulhof "An der Klosterwuhne" wird dann erst im Jahr 2018 saniert werden. Angesichts des Zustandes dieses Schulhofes, diese Problematik wurde auch von einer Bürgerin in der Einwohnerfragestunde des Stadtrates im November beleuchtet, ein viel zu langer Zeitraum. Lassen sie uns deshalb etwas unternehmen, Unfallgefahren beseitigen und Geld in die Hand nehmen, um diesen Schulhof, aber auch die anderen sanierungsbedürftigen Schulhöfe, nun endlich in einen schönen Zustand bringen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir uns natürlich der Tatsache bewusst sind, dass nicht überall in der Stadt wahllos Baustellen entstehen können, nur weil Straßen, Plätze, Fuß- und Radwege und Gebäude saniert bzw. gebaut werden müssen. Wir haben nicht erst seit der Tunnelbaustelle gesehen, wie sich bei größeren Bauprojekten in der Stadt zu frequentierten Tageszeiten, ein hohes Verkehrsaufkommen bildet. Hierbei ist nicht nur der motorisierte Individualverkehr betroffen, sondern alle Verkehrsteilnehmerinnen und Teilnehmer. Auch deshalb, würden wir uns wünschen, dass eine Stabsstelle als "Mobilitätsbeauftragter" in der Verwaltung eingerichtet wird. Betreffende Person soll sich darum kümmern, dass alle Menschen in dieser Stadt möglichst unfallfrei, sicher und ohne größere Probleme ihren Zielort erreichen können. An dieser Stelle könnte auch endlich der Magdeburger Standard der Barrierefreiheit umgesetzt werden. Denn gerade im Bereich der Innenstadt wird die Verkehrssituation für Besucherinnen und Besucher unserer Stadt immer unübersichtlicher. Schädlich für eine Stadt, die mit vielen Highlights im nächsten Jahr Gäste anziehen will.

Neben der baulichen Infrastruktur sollten wir aber auch in anderen Bereichen noch geringfügige Erhöhungen vornehmen. So wollen wir im Jahr 2025 Kulturhauptstadt Europas sein. Finanziell sind wir bereits auf einem guten Weg. 38,7 Millionen Euro stehen dem Kulturdezernat zur Verfügung. Das entspricht etwa 160 € pro Einwohner pro Jahr. Auf solche Werte blicken andere Städte neidvoll. Und auch zusätzliche Mittel in den nächsten Jahren werden geplant. Das unterstützen wir in vollem Maße. Mit dem Theater, dem Puppentheater, dem Konservatorium, dem bald neuen Dommuseum und vielen anderen Kultureinrichtungen sind

wir gut ausgestattet. Die freie Kulturszene wächst von Jahr zu Jahr. Um dieser noch mehr Möglichkeiten zu geben, würden wir die Mittel zur Förderung eben dieser freien Kulturszene gerne um 30000 € erhöhen. 30000 €, die verglichen mit dem restlichen Budget des Kulturdezernates gering sind, 30000 €, die eine potenzielle Kulturhauptstadt unserer Ansicht nach übrig haben sollte.

Und auch an anderen Stellen können wir mit vergleichsweise geringen Ausgaben die Lebensqualität in unserer Stadt erhöhen. Nämlich bei der Schaffung respektive dem Erhalt bestehender Beratungsangebote über die nächsten Jahre hinaus. So würden wir unter anderem den LSVD in seiner Arbeit gern mit 10000 € unterstützen. Er bietet Beratungsangebote, die sonst die Stadt leisten müsste. Um diese Angebote weiterhin in gewohntem Maße vorhalten zu können, ist finanzielle Unterstützung unsererseits notwendig. Ebenso verhält es sich mit den Suchtberatungsstellen dieser Stadt. Die Tarifaufwüchse der letzten Jahre führen dort langfristig zu Verringerungen der Personaldecke. Um dies zu verhindern und weiterhin auf die bewährte gute Arbeit der Beratungsstellen zurückgreifen zu können, wünschen wir uns Zustimmung zu unserem Änderungsantrag sowie zum Änderungsantrag des GeSo-Ausschusses. Vergessen wir nicht: Brechen uns die Beratungsstellen der freien Träger weg, werden die Beratungen alleine von der Stadt auszuführen sein. Oder wir verzichten komplett auf sie. Letzteres kann wohl niemand in diesem Haus wollen. Ersteres führt für uns zu deutlich höheren Kosten als wir jetzt mit der Förderung eben genannter Institutionen zu tragen haben.

Im sozialen Bereich sehen wir ebenfalls das Potenzial eines Zuschusses. Fahrkarten für den ÖPNV werden stetig teurer, der im SGB

II vorgesehene Regelsatz sieht aktuell 25,45 € für Mobilität vor. Eine Monatskarte ist für viele nur dann erschwinglich, wenn sie in anderen Bereichen finanzielle Abstriche machen. Jetzt werden Sie sagen, wir werden nichts an den Regelsätzen und an den Preisen der MVB ändern können. Das ist vollkommen richtig. Bei den Leistungen, die der Magdeburg-Pass beinhaltet können wir hingegen sehr wohl etwas tun. Die Erhöhung der Vergünstigung für Monatskarten der MVB von aktuell 4 auf dann 5 Euro schlägt im Haushalt mit 100.000 Euro vergleichsweise gering zu Buche, wenn wir auf der Gegenseite sehen, wie viele Menschen damit wenigstens ein kleines Stückchen mehr entlastet werden. Nicht nur in neue Infrastruktur der Verkehrsbetriebe investieren, sondern auch darin, dass alle Bürgerinnen und Bürger diese letztlich auch nutzen und bezahlen können!

An dieser Stelle wird, zu Recht, die Frage kommen, wie wir all dies finanzieren wollen. Da gibt es natürlich einige Punkte, die man nennen könnte. So bezweifelt ein Großteil meiner Fraktion immer noch, ob die 167.000 Euro jährlich für die Ottokampagne wirklich sinnvoll eingesetzt sind. Auch der Tunnel hätte günstiger ausfallen können. Konkrete Einsparpotenziale zu eruieren gestaltet sich angesichts des Informationsmangels an einigen Stellen zunehmend schwieriger. Einzelprojekte werden seit Einführung der Doppik oft als Sammelposten verbucht, bei denen es schwer fällt die einzelnen darunter fallenden Posten finanziell voneinander trennen zu können. Hier würden wir uns als Ehrenamtler mehr Klarheit wünschen, um einzelne Punkte besser überblicken zu können. Auch wenn das die Drucksache zum Haushalt umfangreicher macht und auch personell wohl schwer zu leisten sein wird. Aber vielleicht finden Sie trotzdem eine Möglichkeit. Im Sinne eines

ehrlichen Umganges miteinander auf Augenhöhe wäre dies unseres Erachtens nach von Nöten.

Um die Probleme in der Kommune besser verstehen zu können, möchte ich an dieser Stelle eine andere Ursache beleuchten: die Landesregierung. Seit Jahren bekommen wir als Kommune mehr Aufgaben zugeteilt. Die finanzielle Deckung jener Aufgaben wird vom Land teilweise unzureichend sichergestellt. Vom Konnexitätsprinzip ist an einigen Stellen nichts zu spüren. Zwar hat die neue Landesregierung ein Stück weit eingelenkt, die Landeshauptstadt hat bereits im letzten Jahr mehr Mittel über das Finanzausgleichsgesetz bekommen als zu Jahresanfang geplant, aber ausreichend war es dennoch nicht. Der Dieb, der in den letzten Jahren den Kommunen mehr genommen als gegeben hat, wird nun reumütig und gibt Teile seiner Beute zurück. Aber natürlich in geringem Maße. Deshalb wird sich auch in den nächsten Jahren in den Haushaltsdebatten nicht viel ändern. Solange das Land nicht ausreichend zahlt, können wir nicht alles in dem Umfang gestalten, wie wir es gerne möchten und wie es nötig wäre. Stattdessen werden wir uns hier im Hause um jede kleine Summe streiten müssen.

An einigen Stellen ist es jedoch erforderlich mit der Landesebene zu streiten. Denn ohne Rebellion an bestimmten Punkten wird das Land uns mit Freuden weniger geben. Dies zeigten zum Beispiel die Landeszuweisungen im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes. Kombiniert man die Zuweisungen pro Kind mit den tatsächlichen Kinderzahlen in Magdeburg, beides sind Daten die sich beim statistischen Landesamt finden lassen, hätten der Landeshauptstadt 902.193,84 € zugestanden. Ausgezahlt hat das Land aufgrund einer Deckelung der Gesamtauszahlungen an die Stadt Magdeburg lediglich

699.701,62 €. Damit bekamen wir 202.492,22 € weniger als uns zugestanden hätten. Rechnet man herunter, was die einzelnen Kreise pro Kind bekommen haben, sind Magdeburger Kinder dem Land scheinbar weniger wert als beispielsweise Kinder aus dem Burgenlandkreis oder dem Harz. Der Oberbürgermeister hätte dagegen eine Widerspruch einlegen können. Dies hat er unseres Wissens nach bis heute nicht getan. Wir finden das außerordentlich bedauerlich, weil wiederholt bares Geld verschenkt wurde.

Sie sehen, Luft nach oben bleibt bei der Aufstellung eines Haushaltes immer. Aufgrund der Honorierung der geleisteten Arbeit des Finanzdezernates und den überschaubaren Änderungswünschen meiner Fraktion wird ein Teil der Fraktion dem Haushalt in diesem Jahr zustimmen. Der Rest wird die Entscheidung abhängig vom Ausgang unserer Änderungsanträge treffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.